

N i e d e r s c h r i f t

HFA/022/2011

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 29.11.2011**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Paul Jansen	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner ab 17:40 Uhr - TOP 13
Frau Theresia Overesch	CDU	Vertretung für Frau The- resia Nagelschmidt
Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Udo Mollen
Herr Antonius van Wanrooy	CDU	Vertretung für Herrn Stefan Gude

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütkeemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Kramer	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung am 8. November 2011

0:02:13

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 8. November 2011 gefassten Beschlüsse

0:02:40

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Sie verliest die Stellungnahme zur Anfrage von Herrn Reiske zur Ampelschaltung aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 8. November 2011.

Das Konzept zur „Optimierung der Lichtsignalanlagen der Stadt Rheine“ wurde 2011 in mehreren Sitzungen des Bauausschusses beraten und nach Durchführung einer Bürgerversammlung am 09.06.2011 beschlossen.

In diesem Konzept ist u. a. auch eine Optimierung der Freigabezeiten für Radfahrer vorgesehen.

Das Konzept ist kostenintensiv und soll mit Zuschussmitteln nach GVFG gefördert werden.

Hierzu stehen Stadt und VSR mit der Bez.-Regierung in Kontakt.

Hierbei geht es u. a. um Reduzierung der Zweckbindungsfrist der mit Zuschüssen in der Vergangenheit erstellten Anlagen.

Um evtl. Rückzahlungen aus der vergangenen Förderung auszuschließen, werden weder die Stadt Rheine noch die VSR ohne Zustimmung zur Verkürzung der Zweckbindungsfrist das vorgelegte Konzept umsetzen.

Dennoch sind sowohl bei der Stadt Rheine als auch bei der VSR die erforderlichen Mittel für 2012 – vorbehaltlich der Beschlüsse zum Haushaltsplan – eingestellt worden.

Unabhängig von dem Bearbeitungsstand bei der Bez.-Regierung ist die VSR derzeit damit beschäftigt, eine Optimierung der Einstellungen an dem vorhandenen Bus-Beschleunigungssystem durch Reparatur defekter Bauteile durchzuführen.

3. Informationen

3.1. Genehmigung Haushaltssatzung 2011

0:04:43

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die als Anlage 1 der Einladung beigefügte Information von Herrn Lütke-meier.

3.2. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:05:04

Herr Lütke-meier informiert, dass die Stadt zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit ab dem 15. November 2011 keinen Liquiditätskredit benötige. Seither verfügte die Stadt über flüssige eigene Mittel in einer Größenordnung zwischen 3,4 bis 5,8 Mio. €, gestern noch über 4,3 Mio. €. Heute seien Auszahlungen in einer Gesamthöhe von 5,3 Mio. € fällig geworden, darunter auch die monatlich fälligen Personalkosten (1,9 Mio. €) und die Weiterleitung der anteiligen Grundbesitzabgaben an die Technischen Betriebe Rheine AöR (2,3 Mio. €). Zur Sicherstellung dieser Auszahlungen musste heute ein Liquiditätskredit in Höhe von 1,0 Mio. € in Anspruch genommen werden. Da morgen u. a. die monatlich zu zahlende Kreisumlage fällig sei, benötige man dann voraussichtlich eine Aufstockung des Liquiditätskredites um weitere 3,9 Mio. € auf insgesamt 4,9 Mio. €.

3.3. Steuerschätzung

0:06:32

Herr Lütke-meier informiert, dass man bis heute noch nicht die regionalisierte Steuerschätzung für Nordrhein-Westfalen vorliegen habe, sodass man dazu auch keine verbindlichen Auskünfte geben könne.

Herr Lütke-meier antwortet auf Nachfrage von Herrn Niehues, dass es bei den aufzunehmenden Zinssätzen keine Veränderungen gebe.

3.4. Bürgerinitiative "Alles dicht in Rheine"

0:07:09

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass sie von der Bürgerinitiative „Alles dicht in Rheine“ angeschrieben worden sei. Herr Kassenbeck habe in diesem Schreiben seine Verärgerung zum Ausdruck gebracht mit dem Vermuten, dass die Resolution, die der Rat zum Thema Dichtheitsprüfung verabschiedet habe, aus politischen Gründen nicht an die Landesregierung weitergeleitet worden sei. Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass die Zuständigkeit für die Umsetzung dieses Tagesordnungspunktes, also auch für die Weiterleitung der Resolution, bei den Technischen Betrieben liege. In der Zwischenzeit sei die Sachlage geklärt worden. Herr Dr. Schulte de-Groot habe dazu Stellung genommen. Auch sei Frau Dr. Kordfelder von Herrn Vosberg und Herrn Wallrabenstein im Namen der Bürgerinitiative

angeschrieben worden. Sie haben klar gestellt, dass sie sich von dem Schreiben von Herrn Kassenbeck distanzieren. Das Schreiben sei nicht mit ihrem Einverständnis auf den Weg gegeben worden. Es handele sich um einen Alleingang von Herrn Kassenbeck.

3.5. Bundeswehrstrukturreform

0:09:19

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass am 22. November im Rahmen eines Faktenchecks die weiteren Schritte zum Thema Bundeswehrstrukturreform erörtert wurden. Man habe vereinbart, in einer kleinen Arbeitsgruppe, die vom Kreis, federführend von Herrn Dr. Sommer, initiiert worden sei, sich noch einmal darauf zu verständigen, den Minister zum Umdenken zu bewegen. Die Arbeitsgruppe habe heute getagt. Im Ergebnis bietet der Kreis seine Unterstützung an, den Minister zum Umdenken zu bewegen. Man habe sich in dieser Sitzung vertieft mit den Konsequenzen der Entscheidung aus monetärer Sicht beschäftigt. Festzuhalten sei u. a., dass, wenn der Standort in Laubheim ausgebaut werden würde, was zwingend erforderlich wäre, dieser Ausbau 40 Mio. € mehr kosten würde, als wenn man den Standort in Rheine beibehalten würde. Weiter habe man die Auskunft erhalten, dass die Umsetzung für die Entscheidung in Neubau und Neuausbildung mehr als 250 Mio. € verschlingen würde. Vor diesem Hintergrund haben sich die Teilnehmer der Besprechung dafür ausgesprochen, angesichts dieser Verschwendung von Steuergeldern, 1. eine hochkarätige Delegation ins Verteidigungsministerium nach Berlin zu senden, um erneut dort vorstellig zu werden und 2. Anfang Januar in einer öffentlichen Veranstaltung in der Stadthalle Rheine die Bevölkerung umfassend über den Sachverhalt zu informieren. Unabhängig davon arbeite man als Verwaltung an dem Thema Konversionsflächen. Frau Dr. Kordfelder informiert über neue Termine zum Thema „Bundeswehrstrukturreform“.

Am 1. Dezember 2011 finde im Landtag die Sitzung des Haupt- und Medienausschusses statt. Dort auf der Tagesordnung stehe der Punkt: „Aktuelle Entwicklung der Bundeswehrreform mit Blick auf Nordrhein-Westfalen“, Bericht der Landesregierung. Am 2. Dezember 2011 werde Frau Dr. Kordfelder zu einer Konversionskonferenz nach Düsseldorf fahren, zu der die Landesregierung eingeladen habe. Am 12. Dezember 2011 tage der Regionalrat. Am 13. Dezember 2011 in der Ratssitzung werde Frau Dr. Kordfelder dann über den aktuellen Stand berichten.

4. Bestellung des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Rheine Vorlage: 451 / 11

0:13:21

Herr Bonk erläutert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Herr Plagemann habe bisher sehr gute Arbeit geleistet.

Die anderen Fraktionen schließen sich der Aussage von Herrn Bonk an.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, Herrn Stadtbrandinspektor Johannes Plagemann für eine Amtszeit von 6 Jahren beginnend mit dem 1. Januar 2012 zum Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Rheine zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Rheine Vorlage: 208 / 11

0:14:12

Herr Bonk informiert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Roscher merkt an, dass die Vorlage das erwartete Verhalten im öffentlichen Raum präzisiere. Die Verordnung sei der richtige Schritt, um den Ordnungskräften zu ermöglichen, auf nicht zu duldende Verhaltensweisen Einfluss zu nehmen.

Herr Reiske hält fest, dass es auf der einen Seite berechtigte Anliegen gebe, wenn es Störungen – insbesondere durch Alkoholkonsum im Stadtgebiet – gebe, einschreiten zu können. Auf der anderen Seite gebe es auch „Stadtstreicher“ im Stadtgebiet. Fraglich sei, ob man versuche, diesen Personenkreis mit einer solchen Verordnung zu beseitigen. Hier würde nur ein Problem verdrängt. Herr Reiske hält es für sinnvoll, mithilfe von Streetworkern eine aufsuchende, soziale Arbeit zu betreiben. Durch eine Verordnung könne man keine Probleme beheben. Herr Reiske werde sich daher bei diesem Punkt enthalten.

Herr Ortel macht deutlich, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Diese Verordnung sei kein Ersatz für flankierende Maßnahmen. Sie sei stimmig, weil sie die Rahmenbedingungen für ein zivilisiertes und kultiviertes Zusammenleben darstelle.

Herr Holtet stellt klar, dass die Regelung kein Allheilmittel sei. Sie soll das Zusammenleben erleichtern und den Ordnungskräften ein Einschreiten möglich machen. Es sei ein erster Schritt für ein kleines Maß Ordnung in der Innenstadt.

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass nicht der Alkoholkonsum in Rheine verboten werden soll. Man wolle eine Möglichkeit haben, auf das Verhalten, welches durch übermäßigen Alkoholkonsum entstehen kann, reagieren zu können.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass man das Thema der aufsuchenden Sozialarbeit im Blick habe. Diese Vorlage soll dieses nicht ersetzen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Rheine zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

**6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen
 für Kinder in Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruch-
 nahme von Kindertagespflege
 Vorlage: 447 / 11**

0:24:14

Herr Linke erläutert, dass man sich im Jugendhilfeausschuss darauf verständigt habe, ggf. den § 9, in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt, zu überarbeiten. Der § 9 befasse sich ausschließlich mit dem Inkrafttreten. Es handele sich dabei nicht um eine inhaltliche Änderung. Das Ergebnis der Überprüfung werde man dann zur Ratssitzung am 13. Dezember vorlegen.

Herr Holtel merkt an, dass hier die Familien weiterhin finanziell entlastet werden. Dies sei der richtige Weg.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte 4. Änderungssatzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege rückwirkend zum 1. August 2011 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Un-
 terhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt
 Rheine
 - Unterhaltungssatzung Fließgewässer -
 Vorlage: 068 / 11**

0:26:41

Beschluss:

Die nachstehende 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer – wird beschlossen.

3. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer - vom 13. Dezember 2011

Die Bezeichnung der männlichen Form (z. B. der Eigentümer) gilt gleichermaßen für die weibliche Form.

Aufgrund der

- §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW. S. 271),
- §§ 91 und 92 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 185),
- §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 394)

hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 13. Dezember 2011 die 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine – Unterhaltungssatzung Fließgewässer – vom 18. Dezember 2008 beschlossen.

In § 2 „Unterhaltungsaufwand“ erfolgt in der Auflistung der Umlagebeträge der Unterhaltungsverbände nachstehende Änderung:

Altenrheine	19,00 €/ha,
Bevergerner Aa	14,00 €/ha,
Elte	12,00 €/ha,
Frischhofsbach	26,00 €/ha,
Hemelter Bach	16,00 €/ha,
Hörsteler Aa	12,00 €/ha,
Hummertsbach	8,00 €/ha,
Landersum/Bentlage	18,00 €/ha,
Saerbeck	13,00 €/ha,
Wambach	25,00 €/ha.

In § 7 „Inkrafttreten“ wird folgender Satz angefügt:

Die 3. Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2012 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Sachstandsbericht Konjunkturprogramm II
Vorlage: 004 / 11

0:27:13

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die Abwicklung der Projekte aus dem Konjunkturprogramm II zur Kenntnis.

9. Haushaltskonsolidierung - 1. Handlungsansätze Fachbereich 1 / Kultur
Vorlage: 174 / 11 / 1

Herr Linke informiert, dass die Ergänzungsvorlage das Ergebnis der Beratungen aus dem Kulturausschuss sei.

Herr Toczowski beantragt, über die Punkte einzeln abzustimmen. Die Position a sollte getrennt von den anderen bestimmt werden. Über die Positionen b – d könne man zusammen abstimmen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Beschlussvorschlag a abstimmen.

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Haupt- und Finanzausschuss:

- a) Die Aufwendungen für die Stadtparkkonzerte (Produkt 1311) in Höhe von 9.000 € werden ab 2012 nicht gestrichen. Die Verwaltung soll Möglichkeiten zur Einwerbung von Spenden oder Sammlungen während der Konzerte prüfen.**

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	9	Ja-Stimmen
	7	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über die Beschlussvorschläge zu b – d abstimmen.

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Haupt- und Finanzausschuss:

- b) Die Beschlüsse des Kulturausschusses zum Ausbau des Medienbestandes (Vorl. 345/05, Vorl. 075/07) werden ausgesetzt. Der Medienetat wird für 2012 auf 162.000 € festgesetzt. Darüber hinaus leistet die Bibliothek für 2012 Einsparbeiträge von:**
- 7.000 € durch die Nichtverlängerung einer befristeten Teilzeitbeschäftigung
 - 9.000 € durch die Nichtbesetzung eines Ausbildungsplatzes in 2012

- **28.000 € durch das Verschieben der Investition für eine neue Bibliothekssoftware von 2012 nach 2013**

c) **Das Budget der Musikschule (Produkt 1304) wird ab 2012 um 2.428 € reduziert.**

d) **Die Zeitschrift „Rheine – gestern, heute, morgen“ erscheint bis einschließlich 2013 wie bisher. Die Aufwendungen bleiben im bisherigen Volumen erhalten. Der Verkaufspreis wird mit Herausgabe des Heftes 1/2012 auf 8 € erhöht. Das Archiv wird beauftragt, unter Einbeziehung der Heimatvereine in Rheine neue Abonnenten zu werben.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10. Haushaltskonsolidierung Fachbereich 5 - Planen und Bauen - Erhöhung Parkgebühren an Parkscheinautomaten auf öffentlichen Verkehrsflächen
Vorlage: 387 / 11**

0:31:25

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses beschließt der Rat der Stadt Rheine die Änderung der Gebühren zu § 2 der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Rheine als 2. Änderungssatzung der Stadt Rheine über die Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 1139 "Schulsekretärin Gymnasium Dionysianum"
Vorlage: 410 / 11**

0:31:51

Herr Bonk informiert, dass die CDU-Fraktion den Tagesordnungspunkten 11 – 16 zustimmen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den kw-Vermerk für die Stelle 1139/Schulsekretärin am Gymnasium Dionysianum zum 1. Januar 2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 2123 "Zuschüsse nach Richtlinien" im Fachbereich 2
Vorlage: 375 / 11

0:32:52

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss den kw-Vermerk für die Stelle 2123 „Zuschüsse nach Richtlinien“ im Fachbereich 2 zum 1. Januar 2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 2132 "Reintegration und Verselbstständigung" im Fachbereich 2
Vorlage: 404 / 11

0:33:40

Herr Linke informiert, dass die Stelle nach S 14 des TVöD bewertet sei und mit einer Sozialarbeiterin/einem Sozialarbeiter oder einer Sozialpädagogin/einem Sozialpädagogen zu besetzen sei. Die Stelle würde zunächst intern ausgeschrieben. Herr Linke verweist auf den Prüfbericht des GPA. Dort werde erläutert, dass die Zahl der Heimerziehungsfälle durch eine Intensivierung der Reintegration, einer frühzeitigen Verselbstständigung sowie einer Vermittlung in Vollzeitpflege, deutlich zurückgegangen seien. Genau auf diese Tätigkeiten beziehe sich die Stelle.

Beschlussvorschlag / Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss den kw-Vermerk für die Stelle 2132 „Reintegration und Verselbstständigung“ im Fachbereich 2 zum 1. Januar 2013 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 3703 "Wachabteilungsführer" im Fachbereich 3 - Feuerwehr -
Vorlage: 403 / 11

0:35:14

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 3703 „Wachabteilungsführer“ zum 1. Januar 2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 15. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 4100 "Produktverantwortliche /r Finanzmanagement" im Fachbereich 4 "Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement"**
Vorlage: 444 / 11

0:35:48

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 4100 „Produktverantwortliche/r Finanzmanagement“ zum 1. Juli 2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 16. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 7100 "Produktverantwortliche /r Verwaltungsorganisation und zentrale Dienste" im Fachbereich 7 "Interner Service"**
Vorlage: 416 / 11

0:36:18

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 7100 „Produktverantwortliche/r Verwaltungsorganisation und Zentrale Dienste“ zum 1. Januar 2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 17. Berichtswesen 2011, Stichtag 31. Oktober 2011, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung**
Vorlage: 278 / 11

0:36:58

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2011 zur Kenntnis.

**18. Berichtswesen 2011, Stichtag 30. Oktober 2011, Fachbereich 4
- Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 290 / 11**

0:37:25

Herr Niehues fragt an, ob sich die Stadt Rheine ohne die Mehreinnahmen im Grundstücksbereich in diesem Jahr in der Haushaltssicherung befinden würde.

Herr Lütke-meier erläutert, dass man das nicht darauf allein beziehen könne. Isoliert betrachtet sicherlich nicht. Es seien andere Rahmenbedingungen in anderen Fachbereichen hinzugetreten, die eine deutliche Verschlechterung in der Budgetentwicklung aufgezeigt haben, insbesondere im Fachbereich 2. Wenn man das kumuliere und zusammenfassend sehe, hätte es in der Tat letztlich ein Problem gegeben.

Herr Lütke-meier ergänzt, dass die Beschlüsse, die zu den Beteiligungen ergangen seien, dort bereits eingearbeitet seien. Dies sei ebenfalls zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2011 zur Kenntnis.

**19. Berichtswesen 2011, Stichtag 31. Oktober 2011, Fachbereich 7
- Interner Service
Vorlage: 430 / 11**

0:38:58

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 - Interner Service mit dem Stand der Daten vom 31. Oktober 2011 zur Kenntnis.

**20. Berichtswesen 2011, Stichtag 31. Oktober 2011, Sonderbereich
0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 429 / 11**

0:39:14

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten vom 31. Oktober 2011 zur Kenntnis.

21. Berichtswesen 2011, Stichtag 31. Oktober 2011 - Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 005 / 11

0:39:33

Herr Bonk fragt an, ob man jetzt schon einen Trend feststellen könne, dass sich die Gewerbesteuerereinnahmen verändern.

Herr Lütkemeier antwortet, dass er bei der Thematik vorsichtig sei, da er nicht in den einzelnen Unternehmen stecke und daher nicht sagen könne, welche Entwicklung die Unternehmen nehmen. Es sei festzustellen, dass es rückblickend betrachtet Anpassungen in positiver Hinsicht gegeben habe, die aus Veranlagungen aus Vorjahren stammen. Im Moment stelle man allerdings fest, dass es bei einigen Unternehmen umgekehrte Entwicklungen gegeben habe. Dort führen die Anpassungen zu negativen Veränderungen. Allerdings sei in einem Fall klar, dass es in diesem Jahr noch einen Zugang zu verbuchen gebe, sodass man im Moment davon ausgehe, dass der Haushaltsansatz noch erreicht werde. Für die kommenden Jahre müssen man die Erwartungen aber vermutlich nach unten schrauben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen mit dem Stand der Daten vom 31. Oktober 2011 zur Kenntnis.

22. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss
Vorlage: 452 / 11

0:41:40

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlage beigefügten Anregung bzw. Beschwerde im Sinne des § 24 Gemeindeordnung NW zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Anregung bzw. Beschwerde nicht erforderlich ist.

Herr Bonk weist auf den folgenden Antrag der CDU-Fraktion hin, den alle Fraktionen erhalten haben.

Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Udo Bonk, Fichtenstr. 6, 48429 Rheine

An die
Bürgermeisterin der Stadt Rheine
Frau Dr. Angelika Kordfelder
Rathaus
48431 Rheine

Udo Bonk
Fichtenstr. 6
48429 Rheine
☎ 05971 / 997154
✉: udo.bonk@osnnet.de
17. November 2011

Stärkung des Wirtschaftsraumes Rheine

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

VV	DM	I	II	K	
Stadt Rheine					
21. NOV. 2011					
BM					

*Kopie &
Fraktion
Vors.
et.
24.11.*

die Bundesregierung beabsichtigt die Schließung der Kaserne in Rheine-Bentlage. Das würde bedeuten, dass die rd. 50-jährige Tradition der Garnisonsstadt Rheine zu Ende geht. Diese geplante letzte Bundeswehr - Standortschließung in Rheine würde auch mit dem Verlust an Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft einher gehen.

Jetzt reicht es nicht aus, unseren Protest gegenüber Bund und Land zu bekunden, in der Hoffnung, dass die Entscheidung noch nicht endgültig ist. Vielmehr müssen wir unsere gestalterische Stärke vor Ort als Kommune zeigen.

Wir sollten vor allem einen planvollen Blick nach vorne richten, denn vor uns liegen große Aufgaben, die es zu bewältigen gilt:

- Stärkung der Wirtschaftskraft in Rheine und Umgebung, verbunden mit der Schaffung möglichst qualitätsvoller neuer Arbeitsplätze,
- Nachfolgenutzungen für die 2 noch vorhandenen Bundeswehr - Liegenschaften Eschendorf, Dorenkamp und, sollte es zu einer Schließung kommen, auch Bentlage
- Einwerbung von Fördermitteln für die allgemeinen Zukunftsaufgaben der Stadt

So wie sich hoffentlich Bund und Land Gedanken machen, wie den Kommunen, die von der Schließung/Reduzierung von Kasernen betroffen sind, geholfen werden kann, so müssen wir selbst Konzepte vorbereiten, wie wir unsere Ausgangslage verbessern können. Das vorhandene mittelfristige Handlungskonzept der Stadt Rheine hilft uns hier nur bedingt. Es ist nicht konkret genug, um dabei mit Projekten und Maßnahmen aufwarten zu können. Wir brauchen ein Nachhaltigkeitskonzept zur Stärkung der Wirtschaft und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die hier dargelegten Gedanken dazu sind nicht neu, müssen aber mit neuer Energie angegangen werden. Und es braucht Partner, die es unterstützen.

Deshalb folgende Vorschläge, die in die Überlegungen der anstehenden Gespräche einfließen sollten:

1.) General-Wever-Kaserne, Eschendorf

Wir sollten in Eschendorf die Ideen einer Nachfolgenutzung als Fachhochschule und Forschungscampus wieder beleben. Ganz konkret sollten wir das Land auffordern, an diesem Standort eine neue Fachhochschule (ggfs. auch Zweigstelle der FH Münster) für Energiegewinnung, -effizienz und Nachhaltige Energien einzurichten. Die derzeit starken Zuwächse bei den Studentenzahlen in NRW sind außerdem ein gutes Argument. Der Campus in Eschendorf sollte um Forschungsvorhaben aus gleicher Zielrichtung verstärkt werden. Da denken wir z.B. an das Fraunhofer-Institut und andere Forschungseinrichtungen. Hier kann der Bund ganz gezielt fördern und etwas zur CO₂-Bekämpfung tun.

2.) Unterstützung für ein neues Hafenprojekt

Rheine ist ein Zentrum für Umwelttechnologien und Erneuerbare Energien. Großwindanlagen sollen bei Renk – MAN gebaut werden. Der Transport der fertigen Elemente auf dem Wasserweg macht noch Sorgen. Eine neue Ausbaustufe eines Hafens am Dortmund-Ems-Kanal für den Umschlag der Großwindanlagen könnte hier helfen.

3.) Flugplatz Dreierwalde

Nach wie vor wäre der Flugplatz Dreierwalde für eine Nachfolgenutzung als Zentrum für Erneuerbare Energien geeignet. Eine Bündelung von Aktivitäten und Investitionen in Erneuerbare Energien wäre hier möglich (Solar, Windkraft, Biomasse, Wasserstoff, etc.). Die Stadtwerke im Kreis Steinfurt wären ein wichtiger Partner. Auch würde ein solches Projekt eine finanzielle Beteiligung von Bürgern ermöglichen.

4.) Erschließung neuer Industrieflächen in Holsterfeld

Rheine hat (ausgenommen im GVZ) keine Industrieflächen mehr in der Bevorratung. Wir müssen dringend neue Flächen erschließen. Dazu sind Grundstücksankäufe und Erschließungskosten in Millionenhöhe notwendig. Geld, dass die Stadt aktuell nicht hat. Hier würden Fördermittel wie in Niedersachsen helfen.

5.) Bentlage – Gesundheitszentrum

Seit Jahren reden wir über ein Gesundheitszentrum im Naherholungsbereich von Bentlage. Eine TCM-Klinik für NRW wäre hier ein Pilotprojekt, wenn das Land zustimmen würde. Ergänzt um private Hotels, Wellnesseinrichtungen, Tageskliniken etc. würde hier der Faktor Gesundheit in Rheine gestärkt. Gerade bei einer älter werdenden Gesellschaft ein immer wichtigerer Faktor.

6.) Kaserne Bentlage

Für den Fall einer Schließung, sollte eine Machbarkeitsstudie Auskunft darüber geben, welche sinnvollen und wirtschaftlichen Nachfolgenutzungen für diese Kaserne möglich sind. Vor allem die neuen Hallen schreien nach einer Lösung. Bentlage braucht ein Zukunftskonzept.

7.) Damloup-Kaserne

Die Damloup-Kaserne wurde in den 30-iger Jahren von der Stadt dem Reich geschenkt. Wenn nun die Kaserne aufgegeben ist, dann sollte der Bund diese Liegenschaft – wo jetzt der Zweck entfallen ist - auch kostenlos an die Stadt zurück gegeben. Das wäre fair. Wir sollten dort aber keinen Generationenpark bauen, sondern für den Dorenkamp großzügige Neubauflächen für Familien mit Kindern ausweisen und fördern lassen. Das hilft der Sozialstruktur des Stadtteiles besser.

8.) Energetische Erneuerung

Zur Stützung der heimischen Wirtschaft wären natürlich auch Fördermittel zur energetischen Sanierung vorhandener Wohnungen und öffentlicher Gebäude sinnvoll. Er sind aber nur ergänzende Maßnahmen, die die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze nicht ersetzen sollte.

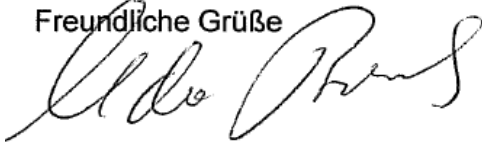
Weitere Gespräche

Diese Überlegungen sollten in die anstehenden Gespräche einfließen.

Wir sollten als Stadt Rheine – in Verbindung mit unseren Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene sowie dem Kreis Steinfurt - jetzt Motor und Gestalter sein.

Der Rat der Stadt Rheine sollte im Rahmen einer Grundsatzdiskussion zu Beschlüssen und Anträgen kommen, die auf Bundes- und Landesebene zu stellen sind.

Freundliche Grüße



Udo Bonk

Fraktionsvorsitzender

Herr Bonk schlägt vor, diesen Antrag heute noch nicht zu diskutieren, sondern erst in der Ratssitzung im Februar. Bis dahin werde die Fraktion, den Antrag noch weiter strukturieren.

Herr Bonk informiert, dass er gestern auf Einladung des CDU-Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf gewesen sei. Er habe alle CDU-Bürgermeister und CDU-Fraktionsvorsitzenden der Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen, die von der Bundeswehrstrukturreform betroffen seien, eingeladen. Er habe darüber informiert, dass er am Vormittag, zusammen mit dem Europa-Abgeordneten Markus Pieper, in Brüssel gewesen sei und dort mit dem Kommissar der Europäischen Union, Johannes Hahn, gesprochen habe. Hahn sei zuständig für Strukturförderung. Ihm habe man dort die Sorgen der Gemeinden vorgebracht, die von der neuen Strukturreform betroffen seien. Außerdem habe man darauf hingewiesen, dass es Gemeinden gebe, die bereits in der Vergangenheit durch Strukturreformen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Als Ergebnis des Gespräches stellte sich heraus, dass Herr Hahn erkennt habe, dass den Kommunen, die betroffen seien, geholfen werden müsse. Allerdings habe er deutlich ge-

macht, dass Strukturförderung Sache des Landes sei. Das Land müsse entsprechend reagieren. Karl-Josef Laumann habe daraufhin der CDU-Landtagsfraktion einen Antrag vorgestellt, der im Plenum behandelt werden sollte. Der Antrag beinhaltete einige Punkte, über die der Landtag beschließen sollte. Zum einen sollte eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Baugesetzbuches über eine bauplanrechtliche Regelung für Konversionsflächen in Außenbereichen geschaffen werden. Weiterhin soll ein Landeskonversionsfond für die betroffenen Regionen gebildet werden, der zusammen mit der EU-Kommission für die Förderperiode von 2014 – 2020 Bestand haben solle. Das Land solle sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, Konversionsmittel für die betroffenen Standorte über ein eigenständiges städtebauliches Förderprogramm zu schaffen. Weiterhin soll zur Erleichterung des Strukturwandels im Sinne der Ministerpräsidentenkonferenz eine verbilligte und unbürokratische Abgabe der nicht mehr benötigten Liegenschaften sichergestellt werden. Letzter Punkt, der mit der Bundesregierung verhandelt werden sollte, sei, eine Vereinbarung über die Sanierung möglicher Altlasten, zu erzielen.

Herr Roscher merkt an, dass das Land Nordrhein-Westfalen der Stadt Rheine ein sehr gutes Angebot zur Strukturförderung gemacht habe. Dieses sei auf Initiative der CDU-Fraktion auf das Machbare heruntergeschraubt worden. Die Damloup-Kaserne stehe nicht mehr im Förderantrag der „Sozialen Stadt Dorenkamp“. Wenn die BImA dieses Grundstück preiswert oder kostenlos überlasse, müsste es immer noch entwickelt werden und jetzt auch außerhalb der Städtebauförderung „Soziale Stadt Dorenkamp“. Es wäre auch schön gewesen, wenn man sich bei der „Sozialen Stadt Dorenkamp“ auf einen gemeinsamen Nenner hätte einigen können. Man wolle die Stadt Rheine in der Zukunft weiter entwickeln.

Herr Reiske entgegnet, dass der Antrag in Ordnung sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließe sich an, wenn es darum gehe, die Stadt Rheine an bestimmten Stellen orientiert weiter zu entwickeln. Herr Reiske hält es allerdings für unmöglich, die Punkte im Februar abzuhandeln. Die einzelnen Punkte müssten untermauert werden. Die beste Investition für die Stadt und die Infrastruktur sei soeben von der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vertan worden.

Herr Bonk erläutert, dass die Regierung in Düsseldorf gesagt habe, dass man eine Kasernenanlage, die der BImA gehöre, nicht fördern könne.

Herr Löcken entgegnet, dass der Ankauf des Kasernengeländes abgelehnt wurde. Niemand habe aber etwas dagegen gesagt, dass Mittel eingesetzt werden, um eine Strukturuntersuchung durchzuführen.

Herr Niehues macht deutlich, dass, wenn man den Grunderwerb der Kaserne nicht fördern könne, man dann auch keine Umwandlung der Fläche durchführen könne.

Herr Kuhlmann erläutert, dass das Programm „Soziale Stadt“ tatsächlich nicht geeignet gewesen wäre, um die Maßnahme „Damloup-Kaserne zu fördern. Auf das Programm „Soziale Stadt“ aufbauend seien aber weitergehende Fördermittel möglich. Beispielsweise Mittel aus dem europäischen Fonds für die regionale Entwicklung. Die Eingangstür hierfür wäre das Projekt der „Sozialen Stadt“ gewesen.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass es vielleicht die Möglichkeit gebe, in der Vorlage für die Ratssitzung die Damloup-Kaserne wieder aufzunehmen, um das gemeinsame Ziel, die EU-Mittel zu generieren, erreichen zu können.

23. Einwohnerfragestunde

1:01:22

Holger Zimoch, Klosterstraße 19, 48431 Rheine, befürwortet es, dass in Rheine bis zum Schluss für den Bundeswehrstandort gekämpft wurde. Weiterhin weist er darauf hin, dass die aufsuchende Sozialarbeit sehr wichtig sei. In Rheine fehle ein richtiger Streetworker, der die Leute aufsucht und ihnen hilft. Herr Zimoch informiert, dass er der Initiator der integrativen Disco gewesen sei. Diese habe sich fast vollständig privat finanziert. Die Stadt sollte darüber nachdenken, ob es vielleicht auch bei anderen Veranstaltungen Möglichkeiten gebe, mit der Privatwirtschaft zusammenzuarbeiten.

24. Anfragen und Anregungen

1:03:29

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils:

18:03 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin